

KODAK GRAY SCALE

C

Red-Filter Negative

Cyan Printer

M

Green-Filter Negative

Magenta Printer

Y

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

.10

.20

.30

.50

.70

M

1.00

1.30

1.60

B

1.90

black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.

M. 5. 125.

Einige Worte

über die

Braunschweigische Revolution

von 1830

und

verschiedene Nachwirkungen derselben.

Leipzig,

Commissions-Verlag von J. F. Schrag

(H. G. Hoffmann).

1862.

UB Braunschweig

84



2203-947-3

Grone, Adolf Kurt Eckhard von

Einige Worte

über die

Braunschweigische Revolution von 1830.

Staatsrechtliche Revolution von 1830.

Einige Worte

über die

Braunschweigische Revolution
von 1830

und

verschiedene Nachwirkungen derselben.



Leipzig,

Commissions-Verlag von J. P. Schrag
(H. G. Hoffmann).

1862.

Einige Worte

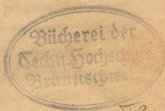
über die

Braunschweigische Revolution

von 1830

und

verschiedene Nachwirkungen derselben.



Leipzig,

Commissions-Verlag von J. P. Schrag

(A. G. Hoffmann).

1862.

Die braunschweigische Revolution von 1830, die mit dem Angriffe auf die Person eines deutschen Landesherren und mit dessen Vertreibung durch Niederbrennen eines fürstlichen Residenzschlosses begonnen worden, und einige Monate später durch einen Thronentsetzungsact zu einem gewissen Abschlusse gelangt ist, gehört unzweifelhaft zu den traurigsten Vorgängen, welche seit der Herstellung der bundesrechtlichen Ordnung in deutschen Landen vorgekommen sind. Ueber einen solchen Vorgang wahrheitsgemäß in der rechten Weise sich auszulassen, hat noch immer große Schwierigkeiten, worin es denn auch seinen Grund haben dürfte, daß von conservativer Seite bis jetzt Anstand genommen ist, über den eigentlichen Hergang und Charakter jener Revolution öffentlich sich näher auszusprechen. Nur carlistische, liberale und revolutionaire Schriftsteller haben, zum Theil bis auf die neueste Zeit herab, es an mannichfachen Veröffentlichungen darüber nicht fehlen lassen. Alle diese Schriften, — wenn auch einzelne derselben durch die in ihnen veröffentlichten Documente manche sehr beachtungswerthe Aufschlüsse gewähren, — haben indeß weit mehr dazu beigetragen, das Urtheil über die gedachte Revolution zu trüben und zu verwirren, als dieselbe sammt ihren weiteren Folgen im rechten Lichte erscheinen zu lassen. Da diese letzteren sich in mannichfachen Beziehungen noch immer nachwirkend zeigen,

so dürfte es wohl endlich an der Zeit sein, daß auch vom conservativen Standpunkte aus die braunschweigischen Vorgänge von 1830/31 einmal einer nähern Darlegung und Beurtheilung unterzogen werden. In dem Nachfolgenden soll ein Versuch der Art gemacht werden, und da dies nicht möglich ist, ohne zuvor die Handlungs- und Regierungsweise des Herzogs Carl von Braunschweig näher zu beleuchten, so muß davon hier zunächst die Rede sein.

I.

Dieser Fürst, der älteste Sohn des bei Quatre-bras für deutsche Ehre und Unabhängigkeit ruhmvoll gefallenen Herzogs Friedrich Wilhelm, hatte die Regierung der braunschweigischen Lande im Jahre 1823 von seinem Oheime und Vormunde, dem Könige Georg IV. von England unter so günstig geordneten Verhältnissen übernommen, wie seit einer langen Reihe von Generationen keiner seiner Vorfahren. Weit entfernt dies aber irgend anzuerkennen, trat der Herzog Carl einige Jahre nachher nicht nur gegen den Grafen Münster, den Geheimenrath von Schmidt-Phiseldorf und mehrere andere Männer, denen er zum Dank verpflichtet gewesen wäre, sondern auch gegen den König Georg IV. durch ein Edict vom 10. Mai 1827 und verschiedene damit in Verbindung stehende Handlungen in der verletzendsten und undankbarsten Weise auf. Den hierdurch von ihm hervorgerufenen, für das fürstliche Ansehen sehr bedauerlichen Streit gütlich wieder beizulegen, ließ sich darauf der wiener Hof in Verbindung mit dem berliner besonders angelegen sein. Indesß statt den ihm von diesen Höfen gemachten, sehr wohlgemeinten Sühnevorschlägen irgend Gehör zu geben, zog der Herzog Carl es vor, nur seinem Eigenwillen und den traurigen Rathschlägen eines Hurlebusch, Klindworth und ähnlichen Individuen zu folgen. Wie traurig er in dieser Streitsache sich gezeigt hatte, erhellt wohl genügend daraus, daß ein Fürst wie Kaiser Franz I. von Oesterreich sich

bewogen fand, in der Bundestagsitzung vom 20. August 1829 durch seinen Präsidialgesandten über jenes Benehmen des Herzogs als ein „rücksichtsloses“ sein unumwundenes Mißfallen aussprechen zu lassen.

Von ganz gleicher Natur war denn auch das Auftreten des Herzogs gegenüber dem Bundestage. Trotzend auf seine Souveränität und die ihm durch Art. 11 der Bundesacte gewährte Sicherheit, nahm er gegen die Bundesversammlung eine Haltung ein, die einer Nichtachtung ihrer Auctorität ziemlich gleich kam. Als die Entscheidung in seiner Streitsache mit Hannover durch den Bundesbeschluß vom 20. August 1829, wie es nicht anders sein konnte, in allen Punkten zu seinem Nachtheile ausgefallen war, verzichtete König Georg IV. sofort auf die Ausführung derjenigen Anordnung in jenem Beschlusse, welche dem Herzoge die empfindlichste sein mußte, nämlich auf das demselben aufgegebene Entschuldigungsschreiben und dessen Ueberreichung durch einen besondern Abgesandten. Statt sich durch dieses Verhalten seines von ihm schwer gekränkten königlichen Oheims und frühern Vormundes bestimmen zu lassen, um so bereitwilliger den übrigen Auflagen jenes Beschlusses nachzukommen, ignorirte er denselben zunächst ganz. Als darauf weitere Anträge auf die Ausführung des fraglichen Beschlusses erfolgten, suchte er diese durch leere Ausflüchte und Protestationen, so namentlich durch den Vorwand einer nicht erfolgten formellen Insinuation zu hintertreiben. Jener Beschluß war ihm aber längst durch seinen Gesandten am Bundestage in der herkömmlichen Form vollständig zur Kenntniß gebracht worden. Auch ein sehr ernst und würdig gehaltenes Abmahnungsschreiben der Bundesversammlung vom 26. März 1830 vermochte nicht, eine Sinnesänderung bei dem Herzoge hervorzubringen. Nur die Furcht, daß mit dem angedrohten Einmarsche von 6000 Mann Sachsen als Bundes-Executions-Truppen Ernst gemacht werden würde,

bestimmte ihn endlich zur Folgeleistung. Die Art, wie er in einer zu diesem Zwecke erlassenen Verordnung vom 22. April 1830 zu Werke ging, bewies indeß von neuem, daß er in der Auffindung kleinlicher Manöver befähigter war, als in der Wahrung fürstlicher Würde.

Nicht minder verkehrt war das Verfahren des Herzogs Carl gegen die vormalige Landschaft, die verweigerte Anerkennung der unter der vormundschaftlichen Regierung des Königs Georgs IV. erlassenen Landschafts-Ordnung vom 25. April 1820 betreffend. Mit dieser Weigerung trat er nämlich erst entschieden hervor, nachdem mit seinem Wissen und Willen die herzoglichen Behörden bereits mehrere Jahre mit den auf Grund jener Landschafts-Ordnung neuorganisirten ständischen Ausschüssen verhandelt, und er selbst in Gemäßheit der, auf dem Landtage von 1820/23 mit den Ständen vereinbarten Beschlüsse eine Mehrzahl von Verordnungen erlassen und zur weitem Ausführung gebracht hatte. Eine Verletzung wohlervorbener landeshoheitlicher oder Eigenthums-Rechte war für ihn in der gedachten Landschafts-Ordnung überall nicht enthalten. Daß er nichtsdestoweniger sich beharrlich weigerte, die Rechtsbeständigkeit des gedachten Verfassungsgesetzes anzuerkennen, geschah von ihm nur aus dem Grunde, um einen Vorwand zu einer weitem scheinbaren Beschwerde gegen den König Georg IV. zu haben, und sich zugleich jeder Schranke zu entledigen, welche durch das Bestehen ständischer Corporationen und deren Rechte der mißbräuchlichen Ausdehnung seiner Hoheitsrechte gezogen war. Entsprechend solchen Zwecken war denn auch sein übriges Verhalten, insonderheit die Unwahrhaftigkeit, mit der er in dem fraglichen Verfassungstreite zu Werke ging. Um sich dabei nämlich doch den Schein zu geben, als ob er einer ständischen Verfassung gar nicht abgeneigt sei, auch wohlervorbene Rechte der Stände durchaus nicht zu kränken beabsichtige, eröffnete er, abgesehen von anderweiten ähnlichen

Erklärungen, den beiden ständischen Ausschüssen mittelst Rescripts vom 25. Mai 1829; „daß er die vor der westphälischen Occupation im Herzogthume bestandenen landschaftlichen Verhältnisse und namentlich die landschaftlichen Privilegien vom 9. April 1770 anzuerkennen beschlossen habe und damit anerkennen wolle.“ Während er aber eine solche Erklärung abgab, ließ er im entschiedenen Widerspruche mit dem Artikel 7. der vorgedachten Privilegien und dem Edicte seines Großvaters, des Herzogs Karl Wilhelm Ferdinand vom 1. Mai 1794, durch den bekannten Kanzlei-Director Bitter die widerrechtliche Veräußerung von Domanal-Grundstücken und Gerechtsamen in immer ausgedehnterem Maße betreiben.

Was das Verhalten des Herzogs gegen alle diejenigen Personen anlangt, welche seine besondere Ungunst auf sich gezogen hatten, wie gegen den Geheimrath von Schmidt-Philfeld, den Kammerherrn von Craum, den Oberjägermeister von Sierstorpff, den ehemaligen Lieutenant Krabe u. m. A., so trug dies nicht bloß den Charakter verletzender Willkür, sondern auch den einer höchst unfürstlichen, kleinlichen Nachsucht an sich. Das Traurigste in seinem ganzen Verhalten war aber unleugbar das Treiben an seinem Hofe und in seinem geheimen Cabinet mit einem Hurlebusch, Alindworth, Bitter, Bosse, Schütz, Bernard u. mit Personen theils von höchst unbedeutender gefügiger Art, theils von gewissenloser Verschlagenheit und einer sehr übelberücktigten Vergangenheit. Durch nichts hat Herzog Carl die Achtung vor seiner fürstlichen Auctorität mehr untergraben und sich selbst zugleich immer mehr demoralisirt, als durch den Verkehr mit solchen Individuen. Dies ihm zum Bewußtsein zu bringen, half kein guter Rath etwas. Um ihn vor den Schlingen des Gefährlichsten jener Individuen, des Dr. Alindworth zu warnen, waren ihm die über denselben amtlich eingezogenen Berichte mehrerer auswärtiger Be-

hörden vorgelegt worden. Diese Berichte über Alindworth lauteten im höchsten Grade ungünstig, aber nichtsdestoweniger zog er ihn gerade von da an zu seinem vertrautesten Rathgeber heran.

II.

Die traurigen Folgen einer solchen Handlungsweise konnten unmöglich lange ausbleiben. Eine der verhängnißvollsten war ohne Zweifel die, daß durch das Treiben in des Herzogs Cabinet, insonderheit durch das von da aus geleitete geheime Spionirwesen und Briefeöffnen, bei verschiedenen seiner Hauptgegner die Reizung, unlauterer Mittel auch gegen ihn sich zu bedienen hervorgerufen wurde. So entspann sich in seinen letzten Regierungsjahren neben dem mit ehrlichen Waffen, leider nur ohne den gehörigen Nachdruck geführten Kampfe der vormaligen Landschaft mittelst Beschwerdeführung beim Bundestage, auch ein geheimer, nach und nach immer eifriger betriebener Kampf der Intrigue und des gegenseitigen Machinirens. Der Hauptanstifter und Beförderer dieses geheimen Kampfes war aber kein anderer, als der ebengedachte Dr. Alindworth. Nach sehr glaubhaften Versicherungen hatte nämlich Alindworth für seine vermeintlichen Verdienste in der Streitsache des Herzogs wider Hannover mit der Hoffnung sich geschmeichelt, daß er zum geheimen Legationsrathe mit 1500 oder 1800 Thlr. Gehalt ernannt, als solcher der Dirigent des geheimen herzoglichen Cabinets und somit der eigentliche Premier im Lande werden würde. Statt dessen ernannte ihn der Herzog mit einem Gehalte von 1000 Thlr. nur zum Legationsrathe ohne das Prädicat „geheimer“, und ließ ihn zugleich fühlen, daß er einen gewissen Wechsel in dem geheimen Cabinet sehr liebte. Hierdurch sehr unangenehm in seinen Erwartungen sich getäuscht fühlend, und nebenbei auch getrieben von unüberwindlicher Reizung zum Intriguiren und Verwirren, knüpfte Alindworth alsbald mit verschiedenen Mitgliedern der

Opposition nähere Verbindungen an, worauf diese auch bereitwillig eingegangen zu sein scheinen. Als der Herzog später Kunde davon bekam, daß Klindworth eigentlich längst nicht mehr sein geheimer Agent und Rundschafter sei, sondern umgekehrt der seiner entschiedensten Gegner, soll er die Absicht gehabt haben, denselben arretiren zu lassen. Indes Klindworth, welcher in Beziehung auf solche Intentionen einen scharfen Blick besaß, kam deren Ausführung rasch zuvor. Versehen mit einer namhaften Summe Reisegeld, welche mehrere seiner neuerworbenen Freunde und Gönner ihm bereitwillig zur Disposition gestellt hatten und auch noch anderweit bei seiner Flucht von denselben unterstützt, war er plötzlich (Januar 1830) aus den Mauern von Braunschweig verschwunden. — In dem vertrauten Verkehre mit diesem Individuum scheinen nun mehrere Mitglieder der Opposition eine sehr traurige Schule durchgemacht zu haben, und ihr geheimes Treiben, was längere Zeit allerdings wohl nur ein Intriguiren gewesen sein mag, scheint schließlich nach der Julirevolution in ein wirkliches Conspiriren übergegangen zu sein, nachdem durch diese das aufregende verführerische Beispiel einer gelungenen Thronumwälzung plötzlich von neuem gegeben war.

Dazu kam noch der anderweite, sehr nachtheilig wirkende Umstand, daß in den höhern und einflußreichern Kreisen des Herzogthums allgemein die Ansicht Verbreitung gefunden hatte, oder auch vielleicht absichtlich verbreitet war, daß gegen die Gewaltmaßregeln des Herzogs beim Bundestage auf keine Abhülfe zu rechnen sei. Da dieser Punkt auch noch ganz neuerlich wieder zu öffentlichen, sehr unlautern Angriffen nicht nur gegen die Bundesversammlung, sondern auch gegen die ganze bundesrechtliche Ordnung benutzt worden ist, so werden darüber folgende actenmäßige Data hier wohl nicht am unrechten Orte sein. Bald nach dem Regierungsantritte des Herzogs Carl (October 1823) hatte der engere Ausschuß der Landschaft in einer Audienz auf

die Ausstellung der althergebrachten landesfürstlichen Reversalen und auf die Bestätigung der Landschafts-Ordnung von 1820 angetragen, von dem Herzoge jedoch eine ausweichende Antwort erhalten, und es hierbei einstweilen bewenden lassen. Als darauf im Juli 1826 der dreijährige Termin zur Wiederberufung der gesammten Landschaft ablief, und eine solche Berufung nicht erfolgte, hätte der Ausschuß auf diesen Act, wie überhaupt auf die Anerkennung der ständischen Verfassung, sofort von neuem ernstlich dringen sollen. Erst im Mai 1827 entschloß er sich indeß zu einem solchen Schritte, worauf der Herzog mittelst Rescripts vom 30. desselben Monats eine dem Wortlaute nach nicht ganz unwillfährige, aber die Gewährung jenes Antrags unbestimmt hinauschiebende Antwort ertheilte. Hierbei ließ der engere Ausschuß jene wichtige Angelegenheit von neuem bis zum October 1828 berufen, wo er unter Zuziehung der Mitglieder des größern Ausschusses ein abermaliges Erinnerungsschreiben an den Herzog richtete. Als auf diese Eingabe nach Ablauf mehrerer Monate gar keine Antwort erfolgte, die Beschwerden über die Mißregierung des Herzogs sich inzwischen immer mehr häuften, und unter den übrigen Ständen entschieden mißbilligende Stimmen über das ängstlich zögernde Vorschreiten der Ausschüsse laut wurden, entschlossen sich diese endlich in einer Eingabe vom 11. März 1829 dem Herzoge ihre früheren Anträge nochmals zu wiederholen, und zwar mit der Erklärung, daß sie im Falle einer Nichtgewährung derselben von dem ständischen Selbstberufungsrechte Gebrauch machen und der gesammten Landschaft die weitem Beschlüssen anheim geben müßten. Nachdem darauf noch einige vergebliche Privatunterhandlungen zwischen dem Herzoge und einem der Ausschußmitglieder stattgefunden, ersterer auch eine durchaus unmotivirte Protestation gegen die Ausübung des ständischen Selbstberufungsrechts in dem fraglichen Falle eingelegt hatte, beriefen die Ausschüsse die gesammte Landschaft auf den

21. Mai 1829. In dieser Versammlung erkannten die Stände sofort das Vergebliche aller fernern Güteversuche mit dem Herzoge, beschlossen demnach die Frage über die Rechtsgültigkeit der Landschafts-Ordnung von 1820 ohne Verzug zur Entscheidung der Bundesversammlung zu verstellen, und beauftragten die Ausschüsse mit der dieserhalb erforderlichen Beschwerdeführung. Diesem Auftrage gemäß richteten denn auch die Ausschüsse gleich zwei Tage nachher (23. Mai) an die Landesversammlung eine Beschwerdevorstellung, die, in großer Eile angefertigt, nach Form und Inhalt sehr viel zu wünschen übrig ließ. Nicht einmal die Competenz des Bundestags und die Befugniß des Königs Georgs IV. als vormundschaftlichen Regenten zur Erlassung der Landschafts-Ordnung von 1820 waren darin gehörig nachgewiesen, welchem Mangel durch eine nachträglich vom Staatsrathe Klüber ausgearbeitete Deduction erst noch abgeholfen werden mußte. Abgesehen hiervon laborirte jene Eingabe, die man auf dem Titel und in dem Eingange gar nicht als Beschwerdeschrift, sondern nur als „Darlegung einer obwaltenden Meinungsdivergenz“ zu bezeichnen gewagt hatte, an den auffälligsten Mängeln. Der Herzog Carl hatte nämlich die administrativen Befugnisse und Einrichtungen der Landschaft, die ständischen Ausschüsse, deren Mitwirkung bei der Erhebung und Verwendung der Steuern u. s. w. einstweilen ungekränkt gelassen. Dagegen hatte er durch die Nichtberufung des Landtags, durch die verweigerte Anerkennung der Landschafts-Ordnung von 1820 und die hierin liegende Bestreitung der Rechtmäßigkeit der Stände in ihrer damaligen Organisation, ihre politische Wirksamkeit durchaus lahm gelegt. Gerade diesen von ihm herbeigeführten und möglichst hingehaltenen Zustand benutzte er nun, um über ältere wie über neuere verfassungsmäßige Bestimmungen in der willkürlichsten Weise sich hinweg zu setzen, ja überhaupt nach den traurigsten Maximen ungehindert im Lande schalten und walten zu können.

Um über ein solches Verfahren aber doch eine gewisse Täuschung zu unterhalten, hatte er es, wie schon erwähnt, an wiederholten Versicherungen nicht fehlen lassen, daß er wohlerworbene Rechte der Stände zu kränken, nicht entfernt beabsichtige und insonderheit die Privilegien von 1770 anzuerkennen bereit sei. Dies traurige, ebenso rechts- als wahrheitswidrige Verhalten des Herzogs nebst seinen destructiven Folgen zu klarer Anschauung zu bringen, wäre vor allem die bei der Abfassung jener Beschwerbeschrift zu lösende Aufgabe gewesen. Aber gerade hiervon kam darin kein Wort vor. Die Dringlichkeit einer baldigen Entscheidung war darin ebenso wenig hervorgehoben und motivirt, auch für den Fall, daß eine definitive Entscheidung vom Bundestage nicht alsbald sollte abgegeben werden können, war nicht einmal um eine provisorische Verfügung gegen die immer weiter gehenden Willkürmaßregeln des Herzogs Carl gebeten worden. Daß unter solchen Umständen vom Bundestage ein vorläufiges Inhibitorium gar nicht abgegeben ward, und dessen endliche Entscheidung über die Rechtsgültigkeit der Landschafts-Ordnung von 1820 erst am 4. November 1830, also etwa zwei Monate nach dem Ausbruche der Revolution, erfolgte, ist weit weniger einem Mangel an gutem Willen von Seiten der Bundesversammlung, die ja ohnehin gar keinen Grund hatte, den Herzog Carl besonders zu schonen, als der mangelhaften und energielosen Art der Beschwerdeführung selbst zuzuschreiben. Die mit dieser beauftragten ständischen Ausschüsse bestanden der überwiegenden Mehrzahl nach aus älteren bedächtigen Persönlichkeiten und den wenigen Mitgliedern derselben, welchen es nicht an Entschiedenheit gebrach, ging die nöthige Umsicht und Geschäftstüchtigkeit ab. So war es gekommen, daß keins der Ausschußmitglieder sich der Mühe unterzogen hatte, bei der Sammlung, Sichtung und Bearbeitung des gegen den Herzog Carl vorliegenden Beschwerdematerials selbst mit Hand anzulegen. Diese Arbeit hatten sie lediglich dem da-

maligen Landsyndicus überlassen, der einer solchen Aufgabe sehr wenig gewachsen war.

Von diesen Verhältnissen hatte fast Niemand einige richtige Einsicht. Die Verzögerung der Entscheidung des Bundestags deutete man daher ohne Weiteres dahin, daß bei demselben für Unterthanen kein Rechtsschutz zu erlangen sei. Durch Argumentationen dieser Art hat man gleich anfangs die Revolution von 1830 zu rechtfertigen gesucht und auch noch neuerlich sind wieder Stimmen in diesem Sinne laut geworden. Gewiß aber in jeder Beziehung sehr mit Unrecht. Denn wie wenig beneidenswerth die Lage vieler Unterthanen unter der Regierung des Herzogs Carl auch war, was hier durchaus nicht verkannt werden soll, und wie wenig Aussicht auf menschliche Hülfe dieselben auch zu haben vermeinten, so haben doch auch in Lagen solcher Art die Unterthanen niemals die Autorität der ihnen von Gott gesetzten Obrigkeit gewaltsam zu brechen. Entschieden festes Aussharren im Kampfe für das Recht, und Gott dem Herrn, — dem Gott, der auch ein Herr und Richter über alle Könige und Fürsten ist, und der, der Mittel und Wege zu helfen noch immer viele hat, wo menschliche Schwäche und Kurzsichtigkeit solche nicht mehr zu entdecken vermag, — die letzte Entscheidung anheimstellen, ist das allein pflichtgemäße und auch allein politisch richtige Verhalten. Zu einem solchen Aussharren in Lagen der vorbezeichneten Art gehört indeß ungleich mehr sittliche Haltung, als zum Vorschreiten zu jeder Art von gewaltthätiger Selbsthülfe. Wo aber war im Herzogthum Braunschweig in jener glaubenslosen gottentfremdeten Zeit von solchen Ueberzeugungen gar noch etwas vorhanden? und zumal in den Kreisen, die durch ihr Wirken und Auftreten die übrigen Volksklassen zum Innehalten der richtigen Bahn hätten bestimmen sollen?

III.

Einer Schilderung der traurigen Aufruhrscenen vom 6. und 7. September 1830 bedarf es hier wohl nicht, da dieselben ihrem wesentlichen Hergange nach anderweit als hinreichend bekannt angenommen werden dürfen, und für eine richtige Charakterisirung der Revolution im Ganzen auf die Abweichungen in der Darstellung einzelner jener Vorgänge sehr wenig ankommt. Dagegen muß hier hervorgehoben werden, daß, wenn es auch zunächst nur Wenige gewesen sein mögen, welche sich zur Herbeiführung jener Aufruhrscenen hatten hinreißen lassen, doch auch die übrigen Landeseinwohner in großer Zahl sich nur zu bald einer Mitschuld an der Revolution theilhaftig gemacht haben. In weiten Kreisen, von Vornehmen und Geringen, beeiferte man sich sehr bald, Zustimmung und Beifall zu dem gewaltsamen Umschwunge zu erkennen zu geben. In öffentlichen Reden und in der Presse, in Petitionen und Adressen, in Volksversammlungen und Vereinen ward in mannichfachster Weise auf die weitere Durchführung des Begonnenen hingewirkt. Auf den schließlichen Ausgang der Revolution, die gegen den Herzog Carl ausgesprochene Thronentsetzung, ist dies nicht ohne Einfluß gewesen, obgleich zu diesem Ausgange allerdings auch noch andere Vorgänge und namentlich das eigene Verhalten dieses Fürsten erheblich mit beigetragen haben. Davon hier zunächst.

Der gänzlich demoralisirte Zustand des Herzogs trat bei dem Ausbruche der Revolution auf das Unzweideutigste hervor. Von einem Bewußtsein seiner Stellung als Fürst von Gottes Gnaden und seiner dadurch begründeten Regentenpflichten zeigte sich keine Spur mehr bei ihm. Statt in dem Angriff auf seine Person zugleich einen Angriff auf die gesammte Rechtsordnung im Staate zu erkennen und um dieser willen den Aufruhr, es

feste, was es wolle, zu überwältigen, dachte er nur an seine persönliche Sicherheit. Und wie leicht hätte es ihm bei einigem Muth und einiger Einsicht werden müssen, den Aufruhr sofort zu bemeistern? trotz der unglücklich schwachen Haltung des damaligen Commandeurs der Truppen, so wie er sich nur selbst an ihre Spitze gestellt und den Degen gezogen hätte, was ja eigentlich alte Welfenweise ist? Es ist nämlich eine unbestrittene Thatsache, daß Unterofficiere und Gemeine, selbst nachdem ihnen die Flucht des Herzogs längst bekannt geworden war, sich voll Unmuth und Erbitterung darüber gezeigt haben, daß sie Gewehr im Arm dem Verwüsten und Einäschern des herzoglichen Residenzschlosses ruhig zusehen und den Aufrührern allmählig sogar immer mehr Terrain hatten einräumen müssen. Nicht von einem einzigen Unterofficier oder Soldaten ist ein Fraternisierungsact mit dem aufständischen Pöbel oder etwas dem Aehnlichen bekannt geworden, wohl aber, daß unter denselben noch längere Zeit nachher eine sehr gereizte Stimmung gegen alle, welche zu der aufständischen Partei gehörten, bemerkbar sich zeigte. Aber welcher Geist unter diesen Leuten der herrschende war, und was mit demselben, auch Empörern gegenüber, bei richtiger Führung auszurichten gewesen wäre, darüber war im ganzen Lande wohl Niemand mehr im Unklaren, als der Herzog selber. Wie hätte er auch bei seinem vielfachen müßigen Umherreisen im Auslande und seinen noch viel traurigern Beschäftigungen in dem geheimen Cabinet für solche practisch wichtige Dinge Sinn und richtiges Auffassungsvermögen haben können? Wie schon bemerkt, nur auf die Sicherheit seiner Person bedacht, begab er sich im entscheidenden Momente auf die Flucht, und kam auf dieser auf die schon früher gesagte Absicht zurück, dem wenige Monate zuvor zur Regierung gelangten Könige Wilhelm IV. von England einen Höflichkeitsbesuch abzustatten. In England angekommen, hätte er sehr bald wahrnehmen müssen, daß er am dortigen königlichen Hoflager

kein gern gesehener Gast war, nichtsdestoweniger verlor er dort eine für ihn sehr kostbare Zeit.

IV.

Am 10. September traf Se. Hoheit, der jetzt regierende Herzog Wilhelm, damals als Officier bei einem der preussischen Garde-Regimenter in Berlin stehend, in Braunschweig ein; sicherem Vernehmen nach in Folge einer Einladung, welche ihm wenige Tage vor dem Aufstande von dem Herzog Carl selbst zugegangen war. Das unerwartet rasche Erscheinen des nächstberechtigten fürstlichen Agnaten ward von der aufgeregten Menge sofort in einer ihren Wünschen entsprechenden Weise gedeutet und mit dem größten Jubel begrüßt. Inmitten einer solchen Bevölkerung, ohne einen umsichtigen und erfahrenen Rathgeber, ohne Vorbereitung auf die Leitung öffentlicher Angelegenheiten und zumal von so außerordentlicher Natur, auch an keine Behörde und ebenso wenig an den Ständen einen rechten Halt findend, war die Lage Sr. Hoheit eine in jeder Beziehung äußerst schwierige. An Rathgebern fehlte es bald nach seiner Ankunft freilich nicht. Dies waren jedoch nur solche, welche sich selbst vordrängten oder durch Andere vorgeschoben wurden und die nur darauf bedacht waren, den damals noch in sehr jugendlichem Alter stehenden Fürsten die Vorgänge der letzten Tage im Vergleiche zu der Handlungsweise seines Bruders im mildesten Lichte erscheinen zu lassen, und in diesem Sinne auf seine weiteren Entschlüsse Einfluß zu gewinnen. Hand in Hand gingen damit unverkennbar die Bemühungen derer, welche den Aufstand lediglich als das Ergebniß eines plötzlich aufbrausenden allgemeinen Volksunwillens über die Willkürherrschaft des Herzogs Carl, als ein s. g. politisches Naturereigniß, dem eine planmäßige Anstiftung überall nicht zum Grunde gelegen habe, darzustellen suchten.

Am 9. September waren auch bereits die beiden ständischen

Ausschüsse zusammen getreten. Sie beriefen auf den 27. desselben Monats die Mitglieder der gesammten Landschaft und beriethen in der Zwischenzeit eine an den Herzog Wilhelm zu richtende Adresse, mit deren Ausarbeitung sie den Landyndicus beauftragt hatten. Hatten die Ausschüsse sich früher gegenüber dem Herzoge Carl wenig umsichtig und entschieden bewiesen, so zeigten sie nunmehr nach erfolgtem Ausbruche der Revolution eben so wenig die rechte Haltung. Die fragliche Adresse hätte vor allem eine offene, jedoch der strengsten Wahrheit gemäße Darlegung derjenigen Vorgänge enthalten müssen, welche den überzeugendsten Beweis von dem durchaus moralisch gesunkenen Zustande des Herzogs Carl und dessen eben hierin liegender Regierungsunfähigkeit zu liefern geeignet waren, und hierauf gegründet den Antrag, daß unter Aufrechthaltung der dem Herzoge Carl zustehenden Hoheitsrechte und der im regierenden Hause bestehenden Primogeniturordnung für denselben zur Anordnung einer dauernden Regentschaft von den Durchlauchtigsten Agnaten geschritten und diese Regentschaft von Sr. Hoheit, dem Herzoge Wilhelm, als nächstem Agnaten übernommen werden möge. Statt dessen enthielt jene Adresse nach vorausgeschickter Versicherung daß „Neuerungsucht und Ideenschwindel nicht den mindesten Antheil“ an den jüngst vorgekommenen Ereignissen gehabt hätten, eine in mancher Beziehung mehr auf Effect berechnete als streng wahrheitsgemäße Schilderung der durch die rechts- und verfassungswidrige Handlungsweise des Herzogs Carl herbeigeführten traurigen Lage des Landes. Am Schlusse dieser Schilderung war die dringende Bitte um baldige Hülfe ausgesprochen, und zwar verbunden mit der Erklärung, daß diese Hülfe „bei der auf die Grundsätze des allgemeinen Staatsrechts sich stützenden Unmöglichkeit, daß der Herzog Carl die Regierung des Landes fortsetze, nur dadurch erreicht werden könne, daß der Herzog Wilhelm die Regierung übernehme.“

Ueber die rechtliche Natur und Begründung eines solchen Regierungs- oder Thronwechsels war außer jener vagen Bezugnahme auf die Grundsätze eines s. g. allgemeinen Staatsrechts in der Adresse kein Wort weiter gesagt.*)

Die aus den verschiedenen Landestheilen am 27. September zusammengetretenen Mitglieder der Landschaft waren zu einer gründlichen und umsichtigen Verathung einer Angelegenheit von solcher Wichtigkeit und Bedeutung überall nicht gehörig vorbereitet. Die fragliche Adresse ward ihnen erst an jenem Tage mitgetheilt. Gegen den Herzog Carl und dessen ganzes Verhalten entschieden eingenommen, und von der im Lande herrschenden revolutionären Strömung in nicht unerheblichem Grade mit ergriffen, verab- säumten sie es sogar, durch eine aus ihrer Mitte zu wählende Commission jenen Adressentwurf zunächst einer nähern Prüfung und Begutachtung unterziehen zu lassen. Nur gegen den einen und andern darin berührten Punkt wurden von einzelnen Mitgliedern der Plenarversammlung einige Bedenken geäußert, jedoch in einer viel zu wenig vorbereiteten und nachdrücklichen Weise, so daß es den Ausschußmitgliedern und dem mehrgedachten Land- syndicus nach einer kurzen Debatte nicht schwer fiel, die unver-

*) Ein solches allgemeines Staatsrecht ohne alle nähere Bezeichnung und Beschränkung giebt es überhaupt nicht. In dem christlichen Europa gab es allerdings, — und bruchstückweise ist dies auch noch der Fall, — eine gemeinsame Grundlage aller staatsrechtlichen Ordnungen, und diese gemeinsame Grundlage war eben das Christenthum, welches in Beziehung auf eine Frage der vorliegenden Art die bekannten Gebote (Röm. 13, 1. 5. — 1. Petr. 2, 13. 17. 18.) enthält, wonach alle eigenmächtige oder eigenbe- liebige Voreifung von den bestehenden Unterthanenpflichten verwerflich ist. Sieht man dagegen von diesen, wie von allen übrigen christlichen Geboten, ab, so hört auch im Staatsrechte alles Gemeingültige auf. Denn der Mensch, sich nicht mehr gebunden erachtend durch Gottes geoffenbarten Wil- len und dessen Gebote, sondern nur noch seinem selbstgerechten Eigenwillen folgend, ergeht sich nothwendig in den verschiedenartigsten Rechtsbildungen, die keinen gemeinsamen Inhalt, sondern nur noch das Eine mit einander ge- mein haben, daß Gottes Segen nicht auf ihnen ruht und daß sie als bloße Menschenwerke die entschiedenste Hinfälligkeit an sich tragen.

änderte Annahme und sofortige Unterzeichnung der Adresse zu bewirken.

In einem gleich am folgenden Tage (28. September) erlassenen Rescripte erklärte der Herzog Wilhelm, — der das Nähere über die Art des Zustandekommens der gedachten Adresse wahrscheinlich nicht in Erfahrung gebracht hatte, und dem vermuthlich der nachmalige Staatsminister von Schleinitz damals schon beratend zur Seite getreten war, — sich entschieden anerkennend über diesen von der Landschaft gethanen Schritt. Zugleich eröffnete er den Ständen in Beziehung auf den gestellten Antrag, daß er sich bereits zur einstweiligen Uebernahme der Regierung des Landes bewogen gefunden habe, und „daß er sich bemühen werde, durch eine unverzüglich mit dem Herzoge Carl anzuknüpfende Unterhandlung den von der Landschaft angedeuteten Zweck zu erreichen. Sollten seine desfallsigen Bemühungen den gewünschten Erfolg nicht haben, so würde er sich zwar nicht entschließen können, selbst die Maßregeln zu ergreifen, auf welche die Landschaft hindeute, jedoch wolle er es geschehen lassen, daß dieselbe sich unmittelbar an den König von Großbritannien und Hannover mit den geeigneten Anträgen wende, und er zweifle nicht, daß durch die Vermittelung dieses Monarchen das gewünschte Ziel werde erreicht werden.“

In Folge dieser Antwort wandten sich die Stände mit einer der obigen gleichlautenden Adresse an den König Wilhelm IV. Dieser ließ es sich darauf, auch von den Höfen zu Wien und Berlin darum ersucht, zunächst ernstlich angelegen sein, den Herzog Carl zu einer Thronentsagung zu bestimmen. Alle desfallsigen Bemühungen zeigten sich indeß nach einigen Wochen vergeblich, worauf der König in einem Rescripte vom 21. November 1830 den Ständen eröffnen ließ, „daß sie zur Abhülfe ihrer gerechten Beschwerden den Schutz und Beistand von ihm zu erwarten hätten, zu welchen er ohnehin durch die verwandtschaft-

lichen Lande aufgefördert werde, welche ihn mit dem braunschweig-wolfenbüttelschen Fürstenhause verbänden. Er werde förderjaust mit dem Herzoge Wilhelm diejenigen Maßregeln berathen und ergreifen, welche geeignet seien, demselben die Ausübung der Regierungs-Rechte zu sichern.“

Wie schon erwähnt, hatte der Herzog Wilhelm bereits am 28. September einstweilen die Regierung des Herzogthums übernommen. In jenen Tagen war ihm vom Herzoge Carl aus England eine Vollmacht zugegangen, in welcher er zum General-Gouverneur des Landes ernannt war. Dieser Vollmacht war jedoch in dem die vorläufige Regierungs-Übernahme betreffenden Patente keine Erwähnung geschehen. Die wichtigste Regierungshandlung, welche der Herzog Wilhelm unmittelbar darauf vornahm, war die Bildung eines neuen Ministeriums, in welchem der schon erwähnte Minister von Schleinitz bald einen sehr entscheidenden Einfluß auf die weitere Entwicklung der öffentlichen Angelegenheiten des Herzogthums und vor allem der hier zunächst in Frage kommenden, gewann.

Der Herzog Carl, gegen die Mitte November wahrscheinlich erst zu der Einsicht gelangt, daß sich die Verhältnisse in Braunschweig immer ungünstiger für ihn gestalteten und daß er am Hofe König Wilhelms IV. auf keine Unterstützung zu rechnen habe, kehrte damals plötzlich nach Deutschland zurück. Statt aber nunmehr endlich die Hülfe des Bundes in Anspruch zu nehmen, — sein Weg führte ihn noch dazu über Frankfurt a/M., — zog er auch jetzt wieder die traurigsten Mittel vor, um zu seinem Zwecke zu gelangen. Nach Voraussendung eines bedeutungslosen Abenteurers und der Verbreitung mehrerer vom 18. 26. und 28. November datirter Aufrufe und Verordnungen, welche auf ein wildes Aufregen der untern Volksklassen berechnet waren, suchte er von einer kleinen preussischen Landstadt am Harze aus mit Hülfe eines Schwarms von Menschen, welche Neugierde,

Branntwein und ausgestreutes Geld um ihn versammelt hatten, von neuem in das Land einzubringen. Als er hierbei auf einen nicht erwarteten Widerstand traf, begab er sich alsbald wieder auf die Flucht, welche fast noch traurigere Scenen darbot, als die in der Nacht vom 7. September.

V.

Dieses Auftreten des Herzogs Carl, insonderheit der Inhalt der von ihm erlassenen Aufrufe, mußten nothwendig die letzten Zweifel darüber beseitigen, daß es zu einem Zustande moralischen Sinkens bei ihm gekommen war, der ihn fortan zu einem Handeln nach Fürstenpflicht und Fürstenehre durchaus unfähig machte, und ihn mit einem Irrsinnigen auf gleicher Stufe stehend erscheinen ließ. Sowie diese Vorgänge bekannt wurden, säumte denn auch der Bundestag, besonders auf Betreiben des österreichischen Präsidialgesandten, nicht länger, entschieden einzugreifen. Daß dies nicht schon früher geschehen war, hatte wohl nur darin seinen Grund gehabt, daß der Bundestag, der an dem betreffenden Bundestagsgesandten gerichteten Aufforderungen ungeachtet, von der neuconstituirten Regierung in Braunschweig nur sehr unvollständige Mittheilungen über den wahren Stand der ganzen Angelegenheit hatte erlangen können. Zene in den letzten Tagen des November mit großer Oeffentlichkeit vom Herzoge Carl gethanen Schritte ließen den Bundestag das Mangelhafte in jenen Mittheilungen nicht länger vermissen. Nach einem von den Gesandten von Oesterreich, Preußen, Königreich Sachsen, Hannover und Holstein-Lauenburg erstatteten ausführlichen Gutachten faßte er sofort in der Sitzung vom 2. December den wichtigen Beschluß, worin — neben dem an den Herzog Wilhelm gerichteten Ersuchen wegen einstweiliger Fortführung der Regierung und außer einer Erinnerung an die Fortsetzung des Untersuchungs-

Verfahrens wider die Urheber und Theilnehmer des strafbaren Aufruhrs vom 6. und 7. September, — an die berechtigten Agnaten des Herzogs Carl das Ersuchen gestellt ward: „Diejenige definitive Anordnung für die Zukunft, welche bei diesem (in dem Gutachten näher dargelegten) beklagenswerthen Stande der Dinge die dauernde Ruhe und gesetzliche Ordnung im Herzogthume Braunschweig erheische, in Gemäßheit der herzoglich braunschweigischen Hausgesetze und des in deutschen und andern souverainen Häusern üblichen Herkommens zu berathen und zu bewirken, so wie auch eine baldige Benachrichtigung über die in solcher Art getroffene Feststellung dem deutschen Bunde zur Anerkennung zukommen zu lassen.“

Auch über diesen Beschluß des Bundestags haben Tadelsucht und Kurzsichtigkeit die verkehrtesten Ansichten zu verbreiten gesucht. Einzelne sind darin sogar so weit gegangen, zu behaupten, die Bundesversammlung habe sich bei jenen Verhandlungen nur von dem Wunsche leiten lassen, den Herzog Carl zu detronisiren, dieselbe habe jedoch Anstand genommen, einen Act der Art selbst auszusprechen, und habe jenen Beschluß nur gefaßt, um die Agnaten des Herzogs Carl dazu zu veranlassen. Eine Befugniß, die man selbst nicht habe, könne man aber auch auf keinen Andern übertragen, und Hausgesetze und ein Herkommen, die hier hätten zur Norm dienen können, existirten überall nicht.

Gegenüber allen solchen Behauptungen werden folgende wenige Bemerkungen hier genügen. Wenn bei einem deutschen Landesherrn ein Zustand der Regierungsunfähigkeit hervortritt, ist es zunächst allerdings nicht die Aufgabe des Bundestags, deshalb einzuschreiten, sondern der fürstlichen Agnaten. Anders verhält es sich aber, wenn gleichzeitig in dem betreffenden Bundesstaate revolutionaire, die ganze landesherrliche Auctorität in Frage stellende

Völksebewegungen zum Ausbruche kommen, und wenn in einer so schwierigen und wichtigen Angelegenheit die fürstlichen Agnaten sich nicht recht sicher zeigen, nach welchen Grundsätzen sie ihr Einschreiten zu bemessen haben.

Beides kam hier zusammen. Die Vorgänge in Braunschweig seit dem 6. und 7. September, welche unzweifelhaft revolutionairer Natur waren, das Beginnen des Herzogs Carl am Harze, welches dessen Zustand moralischer Zerrüttung außer Zweifel stellte, der Antrag der Stände, gerichtet auf einen Thron- oder Regierungswechsel nach den Grundsätzen des sog. allgemeinen Staatsrechts, und die darauf ertheilte fürstliche Resolution, die keine entschiedene Zurückweisung eines solchen Antrags enthielt, — diese Vorgänge rechtfertigten es nach den obersten Grundsätzen des Bundesrechts in vollem Maße, daß der Bundestag unverzüglich einerseits die Agnaten des Herzogs Carl zu der erforderlichen definitiven Anordnung über die künftigen Regierungsverhältnisse im Herzogthum aufforderte, andererseits aber auch die Hausgesetze und das Herkommen als die dabei zu wahrenen positiven Rechtsnormen ausdrücklich hervorhob und sich selbst die Anerkennung der zu treffenden Anordnung vorbehielt.

Was zunächst die fürstlichen Hausgesetze anbelangt, welche hier zu beachten waren, so waren dies keine andern, als das bekannte Pactum Henrico-Wilhelmianum, der brüderliche Erbvertrag der Herzöge Heinrich und Wilhelm vom 16. November 1535, ferner das Testament des Herzogs Julius vom 29. Juni 1582, beide kaiserlich bestätigt, und die vom Herzoge August, dem Stifter der jetzigen wolsenbüttelschen Linie, und von dessen Nachfolgern bei fast jedem Regierungswechsel regelmäßig ausgestellten Reversalen, durch welche die Primogeniturfolge im Herzogthume Braunschweig eingeführt und deren unverbrüchliche Aufrechterhaltung zugesagt worden ist. Mit diesen vertragsmäßigen und testamentarischen Anordnungen war eine Thronentsetzung des

kraft der Primogeniturfolge zur Regierung gelangten Fürsten nicht in Einklang zu bringen. Welches andere Einschreiten dagegen wider den Herzog Carl rechtlich begründet war, ergab sich nach dem Herkommen nicht minder klar, und zwar schon nach dem Herkommen in dem Durchlauchtigsten Welfenhause, ohne daß man einmal nöthig gehabt hätte, auf das Verfahren in andern Fürstenthümern Bezug zu nehmen. Im Laufe von Jahrhunderten sind nämlich auch im Welfenhause bei einer Mehrzahl regierender Herren Fälle der Regierungsunfähigkeit vorgekommen. Wie diese Fälle im Einzelnen aber auch näher beschaffen waren und worin sie ihren Grund haben mochten, ob in Minderjährigkeit, in körperlichen, intellectuellen oder moralischen Gebrechen, oder in einem Zusammentreffen mehrerer derselben, ob solche Zustände verschuldet oder unverschuldet, vorübergehender oder dauernder Natur waren, niemals ist deshalb weiter gegangen, als bis zur Anordnung einer Regierungs-Vormundschaft oder Regentschaft. Die ganze frühere braunschweig-hannöverische Geschichte kennt daher auch keinen Fall einer Thronentsetzung. Daß selbst im Falle einer sog. absoluten Regierungsunfähigkeit von jenem Grundsatz nicht abgegangen ist, dürfte sogar aus der Geschichte keines deutschen Fürstenhauses leichter nachzuweisen sein, als aus der der Welfen. König Georg III. von Großbritannien und Hannover hatte bekanntlich das Unglück in einen gemüthsranken Zustand zu verfallen. Nachdem die ersten derartigen Krankheitserscheinungen sich nur von kurzer Dauer gezeigt hatten, kehrte jenes Leiden bei ihm gegen Ende des Jahres 1810 in verstärktem Maße wieder, und es zeigte sich bald, daß von da an auf seine Genesung nicht weiter zu rechnen war. Dessen ungeachtet übernahm sein ältester Prinz, der nachmalige König Georg IV., im Anfange des Jahres 1811 die Regierung nicht als König im eigenen Namen, sondern nur als Regent, und führte sie als solcher bis zum letzten Lebenshauche seines Vaters fort. Und dieses Verhalten ward von ihm

nicht bloß in England beobachtet, — was hier allerdings nicht zur Consequenz zu nehmen war, weil es sich dort auf besondere Parlamentsacte gründete, denen auf deutschem Grund und Boden keine Geltung beigemessen werden kann, — sondern in gleicher Weise auch im Königreiche Hannover. Die hannöverschen Lande wurden bekanntlich erst gegen Ende des Jahres 1813 von der feindlichen Gewalt wieder befreit. Der unheilbar gemüthsranke und folglich absolut regierungsunfähige Zustand des Königs Georgs III. war damals bereits außer allem Zweifel. Indes auch da beschränkte sich bis zu dessen Lebensende der nachmalige König Georg IV. auf eine Regentschaftsführung, ein Verfahren, welches anerkanntermaßen keine Rechtsstörungen und Unsicherheiten irgend einer Art, insonderheit keine Zweifel in Beziehung auf die künftige Erbfolge und kein Sinken der landesherrlichen Auctorität nach sich gezogen hat; gewiß der beste Beweis für dessen vollkommene Rechtmäßigkeit. Wenn gegen den Herzog Carl später nicht nach demselben Grundsatz verfahren worden, so ist die Ursache davon nicht entfernt in dem Bundesbeschlusse vom 2. December 1830 und dessen Hinweisung auf die fürstlichen Hausgesetze und das Herkommen zu suchen, sondern in unglücklichen Verhältnissen ganz anderer Art.

Durch den Aufstand in der Hauptstadt Braunschweig vom 6. und 7. September und die bald darauf im ganzen Lande zur Herrschaft gelangte revolutionaire Stimmung war die Lösung der Aufgabe, um welche es sich hier handelte, von vorn herein auf eine unheilvolle Bahn gedrängt worden. Außerdem ist nicht zu verkennen, daß in jener Zeit in Folge der Zulirevolution und der weithin reichenden Erschütterungen, welche derselben in rascher Eile nachgefolgt waren, selbst in den höchsten fürstlichen Kreisen feste Haltung und klarer Blick in Beziehung auf das, was Noth that, mannigfach erschüttert und getrübt war. Dazu kam, daß in der Nähe derjenigen Fürsten, auf deren Entschließung hier das

Meiste ankam, es auch wohl nicht an einflußreichen Rathgebern fehlte, die in dieser Angelegenheit schwerlich für die Wahrung legitimer Grundsätze ein ernstes Wort eingelegt, wohl aber im entgegengesetzten Sinne sehr thätig gewesen sein dürften. Einem unglücklichen Zusammenwirken dieser Umstände darf es wohl nur zugeschrieben werden, daß im Anfange des Jahres 1831 zwischen dem Könige Wilhelm IV. von England und dem Herzoge Wilhelm eine agnatische Anordnung zum Abschlusse kam, in welcher der Herzog Carl für absolut regierungsunfähig erklärt, aus dieser Regierungsunfähigkeit dessen Thronentsetzung gefolgert — (wofür jedoch in der Urkunde der etwas mildere Ausdruck gewählt war, „daß die Regierung im Herzogthume Braunschweig als erledigt anzunehmen sei,“) — und hieraus der weitere Schluß gezogen war, daß die erledigte Regierung unter Aufrechterhaltung der über die Primogenitur in dem braunschweig-wolfenbüttelschen Fürstenhause bestehenden Verträge auf den Herzog Wilhelm als nächsten Agnaten mit allen verfassungsmäßigen Rechten und Pflichten eines regierenden Herzogs von Braunschweig übergegangen sei. Für den Herzog Carl und dessen etwaige legitime Descendenz war in dieser Anordnung nur in Aussicht gestellt, daß ihnen eine den Landeseinkünften angemessene, möglichst standesgemäße Sustentation ausgemittelt werden solle. Welche Successionsrechte der Descendenz des Herzogs Carl verbleiben sollten, war dagegen nicht gesagt, überhaupt nichts darüber bestimmt, wie dieser Act bei künftigen Successionsfällen mit der bestehenden Primogeniturordnung wieder in wirkliche Uebereinstimmung zu bringen sei.

Diese agnatische Anordnung ward darauf mit dem Antrage auf deren Anerkennung und auf möglichst baldige Eröffnung der Verhandlungen darüber, dem Bundestage in der Sitzung vom 10. März 1831 von den hannöverschen und braunschweigischen Gesandten mitgetheilt. Beigefügt war derselben eine weitläufige Darstellung der Regierungshandlungen des Herzogs Carl, die

neben vielem unleugbar Wahren doch auch gar Manches enthielt, was besser unerwähnt geblieben wäre, wie namentlich alle auf unbegründeten Gerüchten beruhenden Angaben. Die Schwäche der nähern rechtlichen Begründung des Hauptinhalts der agnatischen Anordnung hatte man, so scheint es, durch massenhafte Anführung aller möglichen traurigen Vorgänge aus dem Leben und der Regierungsweise des Herzogs Carl, auch solcher, die ihm in jener aufgeregten Zeit bloß angegedichtet waren, zu verdecken gesucht. Es ist später behauptet worden, daß diese Darstellung wie auch die agnatische Anordnung selbst den Minister von Schleinitz zu ihrem Hauptverfasser gehabt hätten, eine Behauptung, der es nicht an innerer Wahrscheinlichkeit gebricht.

Benem Antrage auf beschleunigte Eröffnung der Verhandlungen ward auf Befürwortung des österreichischen Präsidialgesandten von der Bundesversammlung bereitwilligt entsprochen und in deren Sitzung vom 14. April mit den Abstimmungen bereits begonnen. Leider zeigte es sich aber nun, daß zwischen den Bundesregierungen, namentlich der österreichischen und preussischen, die so wünschenswerthe Uebereinstimmung in der weitem Behandlung dieser wichtigen Angelegenheit aufgehört hatte, und die bekannte Erfahrung, daß, wo die Uebereinstimmung fehlt, die Verhandlungen am Bundestage niemals zu einem gedeihlichen Resultate führen, bestätigte sich auch hier. In jener Bundestags-sitzung ward zunächst ein von dem Herzoge Carl schriftlich eingegangener wider den Bundesbeschluß vom 2. December 1830 gerichteter Protest in das Protokoll aufgenommen, der so gehalten war, als ob von seiner Seite nicht das Geringste vorgekommen wäre, was ein Einschreiten des Bundes oder seiner Agnaten wider ihn rechtlich hätte begründen können. Hierauf zu den Abstimmungen behufs der Beschlußnahme übergehend, erklärte der österreichische Gesandte Namens des Kaisers Franz, daß dieser nach reiflicher und gewissenhafter Prüfung aller vorliegen-

den Thatfachen nicht umhin könne, die Ansicht zu theilen, daß bei dem Herzoge Carl eine absolute Regierungsunfähigkeit obwalte. Die definitive Anordnung einer bleibenden, über die ganze Lebenszeit des Herzogs Carl oder bis zum Eintritte der Majorennität eines etwaigen legitimen Descendenten desselben sich erstreckenden, und von dem Herzoge Wilhelm als präsumtiver Regierungsnachfolger zu führender Regentschaft stelle sich als nothwendig dar. Eine solche Anordnung sei dem braunschweig. Haus- und Landes-Interesse in allen Beziehungen am meisten zusagend. Sie sei eine rechtmäßige und zugleich vollkommen genügend, weil dadurch ein stabiler Rechtszustand begründet und den braunschweigischen Unterthanen jeder gerechte Grund einer weitem Beunruhigung benommen werde. Der Kaiser hege zu den Gesinnungen des Herzogs Wilhelm das Vertrauen, daß dieser aus Rücksichten gegen das Land wie aus Achtung vor den ewig wahren Grundsätzen der Legitimität sich mit Bereitwilligkeit dazu verstehen werde, die Regierung des Landes auf der Basis solcher Bestimmungen zu übernehmen. Von jeder auf andern Grundsätzen beruhenden agnatischen Anordnung müsse dagegen der Kaiser, weil deren Rechtsbeständigkeit früher oder später werde angefochten werden können, mannichfache und erhebliche Nachtheile besorgen. — So im Wesentlichen, hier nur etwas kürzer wiedergegeben, lauteten die Worte dieser kaiserlichen Erklärung, des letzten der deutschen Kaiser jedenfalls würdig gehalten.

Ganz anderer Art nach Form und Inhalt war dagegen die Abstimmung des preußischen Gesandten, der darin auch seines Königs und Dienstherrn als seines höchsten Vollmachtgebers gar keine Erwähnung that. Ihrem Hauptinhalte nach ging diese Abstimmung dahin, daß ein Unterschied zwischen einer unverschuldeten und verschuldeten Regierungsunfähigkeit gemacht werden müsse. Nur in Fällen der ersten Art sei zur Anordnung einer Regierungs-Vormundschaft zu schreiten. In Fällen der letztern

Art dagegen führe „die correcte Anwendung des nicht genugsam zu wahrennden Legitimitätsprincips auf die Nothwendigkeit des Uebergangs der Regierung auf das nächstberufene Familienmitglied.“ (?) Wäre eine legitime Nachkommenschaft des Herzogs Carl bereits vorhanden, so würde diese mit eigenen Successionsrechten eintreten. In Ermangelung einer solchen sei die Succession mit denselben Rechten für den Herzog Wilhelm als nächsten Agnaten eröffnet. — Durch die in der agnatischen Anordnung enthaltenen Erklärungen über die Aufrechterhaltung der im Hause Braunschweig bestehenden Primogenitur-Verträge und des Pacti Henrico-Wilhelmiani seien die „Successionsrechte einer etwaigen künftigen legitimen Descendenz des Herzogs Carl für den Fall einer Meinungsverschiedenheit unter den herzoglichen Brüdern vollkommen sicher gestellt.“ — Der vom Herzoge Wilhelm im Herzogthume Braunschweig auszuübenden Regierungsgewalt „den Charakter einer Regentschaft beizulegen und mithin der etwaigen legitimen Descendenz des Herzogs Carl im voraus Rechte zuzuschreiben, deren Existenz aus den braunschweigischen Hausverträgen seiner Zeit erst im verfassungsmäßigen Wege unparteiischer Erörterung zu erweisen sein dürfte,“ erachte die preußische Regierung für „präjudicirlich“ und „außer ihrer Competenz liegend.“ Dagegen halte dieselbe ihre „mit dem Principe der Legitimität wohl vereinbarte Entschließung für vollständig gerechtfertigt den Herzog Wilhelm von Braunschweig-Dels als einen kraft eigenen Rechtes und in eigenem Namen regierenden souverainen Landesherrn des Herzogthums Braunschweig anzuerkennen.“ Der preußischen Regierung erscheine „eine Competenz des Bundes keineswegs begründet, um über die von den Agnaten getroffenen Festsetzungen Abänderungen zu beschließen. Die agnatische Anordnung sei allein zum Zwecke der Anerkennung der Bundesversammlung vorzulegen gewesen, zu ihrer Rechtsbeständigkeit aber bedürfe sie einer eigentlichen Zustimmung nicht.“ Der preußische Hof halte sich

demnach für eben so berechtigt als verpflichtet, „sich von der schweren Verantwortung wegen der voraussichtlichen Folgen eines im entgegengesetzten Sinne zu fassenden Bundesbeschlusses feierlich loszusagen.“*)

In derselben Bundestagsitzung vom 14. April 1831 erfolgten dann noch die Abstimmungen vom Königreiche Sachsen, Baden und Dänemark wegen Holstein und Lauenburg, die ihrem Hauptinhalte nach theils dem österreichischen, theils dem preussischen Veto beipflichteten. Auch wiederholten in jener Sitzung die hannöverschen und braunschweigischen Gesandten ihre frühern Erklärungen und Anträge.

VI.

Ohne hierauf das Resultat der weitem Verhandlungen beim Bundestage abzuwarten, erließ Se. Hoheit der Herzog Wilhelm, ohne Zweifel auf Anträgen seiner damaligen Haupttrathgeber, einen Armeebefehl vom 18. und ein Patent vom 20. April, worin Höchstderselbe unter Veröffentlichung des Hauptinhalts der agnatischen Anordnung von der Regierung des Herzogthums als Landesherr im eigenen Namen dauernd Besitz ergriff, den bisherigen Dienst- und Unterthanenverband für aufgehoben erklärte, und die Abnahme des ihm zu leistenden Huldigungseides auf die nächstfolgenden Tage anordnete. — Einen Erbhuldigungseid von

*) Der im Jahre 1832 zum preussischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten ernannte Ancillon, bekannt durch seine Vermittelung der Extreme und die Gerechtigkeit, vollendete Thatfachen anzuerkennen, nahm bereits mehrere Jahre vorher unter dem Titel eines geheimen Legationsraths und später unter dem eines Staatssecretsairs eine einflussreiche Stellung in dem gedachten Ministerial-Departement ein. Ob von ihm in dieser seiner frühern Stellung die Instruction zur Abgabe dieser und der spätern Erklärungen des preussischen Bundestagsgesandten ausgegangen ist, kann hier zwar nicht mit Bestimmtheit behauptet werden, ganz unähnlich sieht ihm eine solche Instruction aber wohl nicht.

Seiten der Unterthanen hatte sich der Herzog Carl nie leisten lassen, weil er sich zur Ausstellung der althergebrachten landesfürstlichen Reversalen nicht hatte entschließen mögen. Anders verhielt es sich aber mit dem Militair und den Civilbeamten, — auch wenn wir nicht sehr irren, mit den Dienern der Kirche, den landschaftlichen und den höhern Gemeinde-Beamten, — welche dem Herzoge Carl den Eid der Treue, und zum Theil sogar wiederholt, geleistet hatten. An der Losagung von diesen frühern eidlichen Verpflichtungen mittelst der neuen Eidesleistung fand, so viel bekannt geworden, damals im ganzen Lande Niemand ein Gewissensbedenken. Nach dem Vorgange in der Hauptstadt, wo bei dieser Gelegenheit auch ein feierlicher Act in der Hof- und Domkirche stattfand, ward an den meisten Orten die neue Eidesleistung unter großen Festlichkeiten und Freudenbezeugungen vollzogen.

Sehr viele Unterthanen und auch Angestellte, — die den untern und mittlern Volksclassen Angehörigen wohl ohne Ausnahme, — handelten hierbei übrigens in einer gewissen Art von gutem Glauben oder wenigstens in einer erst weit später erkannten Unklarheit. Denn in dem vorerwähnten Regierungsantritts-Patente vom 20. April war nicht nur auf eine Uebereinstimmung dieses Actes mit den Hausgesetzen und dem Herkommen hingedeutet, auch dem Wortlaute nach die Aufrechthaltung der Primogeniturfolge zugesagt, sondern das ganze Patent war überhaupt so gehalten, daß bei den Meisten die Annahme hervorgerufen werden mußte, daß der Regierungswechsel ganz in Gemäßheit der Beschlüsse des deutschen Bundes ausgesprochen worden sei; eine Annahme, welche bekanntlich bis auf die neuere Zeit herab die allgemein-verbreitete gewesen ist.

Erst eine in den letzten Jahren erfolgte Veröffentlichung der betreffenden Bundestags-Acten hat darüber anderweiten näheren Aufschluß gegeben. Gerade in den Tagen, wo im Herzog-

thum Braunschweig jener Huldigungsact vollzogen ward, nahmen die Abstimmungen der Bundestagsgesandten über die rechtliche Natur der agnatischen Anordnung noch ihren weitem Fortgang, nur leider in der schon erwähnten unglücklich zwiespältigen Weise. Als noch vor dem Schlusse dieser Verhandlungen die Kunde von der bereits erfolgten Vollziehung der agnatischen Anordnung dem Bundestage officiell bestätigt ward, nahm der kaiserliche Präsidialgesandte davon in der Sitzung vom 11. Mai Veranlassung, hervorzuheben, daß er dem Antrag des braunschweigischen Bundestagsgesandten auf baldige Eröffnung und Förderung der betreffenden Verhandlungen bereitwilligst gewillfahrt habe, daß die jüngst erfolgten Vorschritte in Braunschweig eben sowohl mit den eigenen Anträgen und Erklärungen der Durchlauchtigsten Agnaten des Herzogs Carl als mit dem Bundesbeschlusse vom 21. December 1830 in Widerspruch ständen, und eine nicht zu verkennende Verletzung des Ansehns des Bundes enthielten. Von den weitem Verhandlungen über die agnatische Anordnung selbst abbrechend stellte der gedachte Gesandte sofort einen Antrag, welcher behufs Wahrung der Bundes-Auctorität auf eine Anregung der Bundesregierungen zu eigenen weitem Beschlüssen über die stattgehabten Vorgänge und zugleich auf eine unzweideutige Wahrung der Erbfolgerechte einer eventuellen Descendenz des Herzogs Carl gerichtet war.

Auch hiergegen erhob sich sofort wieder der preussische Gesandte, der aus einem solchen Beschlusse insonderheit Alles fern gehalten wissen wollte, was irgend als ein nicht beifälliges Urtheil über das vom Herzoge Wilhelm eingeschlagene Verfahren aufgefaßt, oder eine bestimmte Anerkennung der Successionsrechte der etwaigen legitimen Nachkommenschaft des Herzogs Carl enthalten könnte. Gegen einen Ausspruch der einen wie der andern Art fand sich der preussische Gesandte sogar schließlich veranlaßt, „auf das allerbestimmteste zu protestiren.“

In demselben Sinne, nur in mancher Beziehung noch viel weiter gehend, war die in derselben Bundestagsitzung abgegebene Erklärung des hannöversischen Gesandten; eine weitläufige künstlich gewundene Deduction, welche nach glaubhaften Angaben das Werk eines der damaligen geheimen Cabinetsträthe in Hannover, — ob von Rose oder von Falke verfaßt, ist uns jedoch nicht mehr genau erinnerlich, — gewesen sein soll. In dem Eingange dieser Abstimmung ward der Bundesversammlung zunächst zu verstehen gegeben, daß durch die Vorlegung der agnatischen Anordnung behufs deren Anerkennung eigentlich nun nur dem üblichen Herkommen bei Regierungsveränderungen habe Genüge geleistet, keineswegs aber dem Bunde ein Recht der Einmischung in die Anordnung der fraglichen Regierungsverhältnisse habe eingeräumt werden sollen. Sodann war in dieser Abstimmung der Beweis zu führen gesucht, daß die Agnaten des Herzogs Carl bei der gegen diesen getroffenen Anordnungen lediglich von dem ihnen als souveränen Fürsten zustehenden Autonomierechte Gebrauch gemacht hätten, daß dieses keinen Beschränkungen durch die Bundesgesetze unterliege, und daß daher die Agnaten über die Ausübung dieses Rechts auch Niemanden Rechenschaft zu geben schuldig seien. In diese Argumentation waren unter andern die Behauptungen mit aufgenommen, daß die fraglichen Regierungsverhältnisse „auf den Grund der vorhandenen Hausgesetze (?) und des in anderen fürstlichen Häusern bestehenden Herkommens (?), auch unter strenger Befolgung der zur Zeit des deutschen Reichs bestandenen staatsrechtlichen Principien geordnet seien (?). Die strenge Aufrechterhaltung des Legitimitätsprincips sei zwar für eine der Grundbasen zu halten, worauf die Sicherheit der Throne und der Staaten beruhe. Aber die Grundsätze der Legitimität, wenn sie die ihr gebührende so nothwendige öffentliche Verehrung genießen sollten, dürften auch nicht übertrieben werden“ u. s. w.

Den peinlichsten Eindruck in dieser hannöversischen Abstimmung

machte aber unverkennbar die darin enthaltene entschiedene Bestreitung jeder unzweideutigen Wahrung der Successionsrechte einer etwaigen legitimen Descendenz des Herzogs Carl, verglichen mit der von dieser Gesandtschaft Namens beider fürstlichen Agnaten früher abgegebenen feierlichen Erklärung, daß die Uebergehung solcher Rechte in der agnatischen Anordnung der etwaigen rechtmäßigen Nachkommenschaft des gedachten Fürsten unnachtheilig sein solle. Zur Unterstützung dieser In- Frage- Stellung jener Rechte war unter anderen bemerkt, „daß dem ex pacto et providentia majorum herzuleitenden Erbrechte keine zu große Ausdehnung gegeben werden dürfe; — daß das große Problem des Staatsrechts nicht sowohl in der Aufstellung allgemeiner Grundsätze und analytisch folgerechten Durchführung, als in der zeitgemäßen Anwendung derselben bestehe“ u. s. w. Im Uebrigen enthielt die hannöversische Abstimmung zum großen Theile eine fast wörtliche Wiederholung des in der preussischen Erklärung Vorgetragenen und schloß sich auch dem in dieser gestellten Antrage an*).

*) An diesem Orte darf wohl eine im Herzogthume Braunschweig unter der Hand mehrfach verbreitet gewesene und vielleicht auch hinwieder noch für begründet gehaltene Annahme nicht unerwähnt bleiben, nämlich die, daß der frühere hannöversische Premierminister Graf Münster es hauptsächlich gewesen sei, welcher wegen seines im Jahre 1827 so viel Aufsehen erregenden Zerwürfnisses mit dem Herzoge Carl, die Thronentsetzung des letztern bewirkt habe. Diese Annahme ist indeß gewiß eine durchaus irrige. Der einzige in dieser Angelegenheit bis jetzt bekannt gewordene Act, an welchem der Graf Münster erweislich Theil genommen, ist das schon erwähnte von ihm mitunterzeichnete Rescript des Königs Wilhelm IV. vom 21. November 1830, worin dieser der braunschweigischen Landschaft seine Mitwirkung dahin zugesagt hatte, daß ihre gerechten Beschwerden abgestellt und daß dem Herzoge Wilhelm „die Ausübung der Regierungsrechte gesichert werde.“ Die an dieser Stelle gewiß mit vollem Vorbedacht gewählten Worte „Aus- übung der Regierungsrechte“ lassen mit größter Wahrscheinlichkeit vermuthen, daß der Graf Münster nichts weiter für rechtlich begründet gehalten und auch zu nichts weiter gerathen haben wird, als zu der Anordnung einer dauernden Regentschaft. — Am 12. Februar 1831 nahm darauf der Graf Münster seinen Abschied und gab auch gleich nachher die Ministerialgeschäfte ab. Die agnatische Anordnung in der Gestalt, wie dieselbe am

Da von den übrigen Gesandten nur die von Baiern, Baden, Braunschweig, Nassau und den freien Städten diesen preussisch-hannöverischen Abstimmungen beitraten, und nur der Gesandte der großherzoglich und herzoglich sächsischen Häuser wegen mangelnder Instruction Anstand nahm, eine Erklärung abzugeben, so erreichte es der österreichische Präsidialgesandte, daß mit der Majorität einiger Stimmen der schon erwähnte Antrag zum Beschlusse erhoben ward, welcher die stattgehabten Vorgänge kurz zusammenfassend, die Beurtheilung derselben und alles Weitere den Bundesregierungen selbst anheim stellte, und zwar mit der ausdrücklichen Erklärung daß durch die, „ohne Zuthun“ der Bundesversammlung vollzogene agnatische Anordnung „keinen begründeten Rechten, und insbesondere nicht den Successionsrechten einer etwaigen Descendenz des Herzogs Carl von Braunschweig präjudicirt werden könne.“

Gegen diesen rechtsverwahrenden Ausspruch in dem vorbemerkten Beschlusse trat darauf der hannöverische Gesandte unter

10. März dem Bunde mitgetheilt worden, die Motivirung derselben, die zu diesem Zwecke überreichten Actenstücke, sowie die später von der hannöverischen Bundestagsgesandtschaft abgegebenen Abstimmungen sind sämmtlich nach seinem Rücktritte erfolgt. Es muß sogar sehr bezweifelt werden, daß diese Acte und Erklärungen so, wie es der Fall gewesen ist, abgegeben sein würden, wenn der Graf Münster länger im Amte geblieben wäre. Denn derselbe war nicht bloß ein erfahrener und umsichtiger Staatsmann, sondern auch ein politischer Charakter, der um eines persönlichen Zerstüßnisses willen, wohl schwerlich mit einem so wichtigen Principe, wie dem hier in Frage kommenden, dessen Aufrechterhaltung seine langjährige und erfolgreiche öffentliche Wirksamkeit gewidmet gewesen war, sich in Widerspruch gesetzt haben würde. Was von Seiten Hannovers in dieser Angelegenheit verfehlt worden ist, darf wohl ohne Ausnahme nicht ihm, sondern nur denjenigen zugeschrieben werden, welche erst nach ihm in Folge der göttinger Unruhen und der übrigen damaligen Erschütterungen zu Macht und Einfluß daselbst gelangt waren. Der gerade damals in Hannover im Sinne des Liberalismus erfolgte System- und Personalwechsel macht es überhaupt nur erklärlich, wie es möglich gewesen ist, daß von hannöverischer Seite solche Erklärungen haben abgegeben werden können, wie die Bundestags-Protocolle vom 10. März, 11. Mai und 30 Juni 1831 enthalten.

Zustimmung des braunschweigischen, „um die Möglichkeit eines Mißverständnisses zu beseitigen“ in der Bundestags-Sitzung vom 30. Juni 1831 nochmals mit einer protestirenden Erklärung auf, welche ganz im Sinne der früher von diesen Gesandtschaften abgegeben gehalten war, und am Schlusse noch eine persönliche Invective gegen den österreichischen Präsidialgesandten enthielt, die zu beantworten dieser jedoch seiner Stellung oder dem Anstande nicht entsprechend erachtet zu haben scheint.

Hierbei hat diese wichtige Angelegenheit im Wesentlichen ihr Bewenden gehabt. Denn leider haben wir im deutschen Vaterlande keinen über oder an der Stelle der Bundes-Gesandten-Versammlung stehenden Bundes-Fürsten-Tag. Hätten die deutschen Fürsten in eigener Person in dieser Sache zu Rathe geseffen, so würde ein solcher Ausgang geradezu unmöglich gewesen sein. Die Erklärung des österreichischen Präsidialgesandten in der Bundestags-Sitzung vom 14. April 1831, ausdrücklich abgegeben im Namen des Kaisers Franz, ließ in der That nichts zu wünschen übrig. Aber was hat diese Erklärung sammt den ihr beipflichtenden Abstimmungen mehrerer anderer Gesandten bewirkt? Dieselbe Erklärung von dem Kaiser von Oesterreich in höchst eigener Person vor den versammelten Bundesfürsten abgegeben, würde dagegen aller Wahrscheinlichkeit nach allein schon genügt haben, die unglücklichen Einflüsse aller derer zu beseitigen, welche den Herzog Wilhelm hindernd umstanden, um zu dem rechten und allein heilsamen Entschlusse zu gelangen. Und auch die übrigen Bundesfürsten, die in Folge der damaligen unglücklichen Zeitverhältnisse nicht recht klar und sicher in der Sache waren, würden auf einem versammelten Fürstentage vor ihres Gleichen gewiß Anstand genommen haben, sich zu solchen Erklärungen zu entschließen, wie von verschiedenen ihrer Gesandten abgegeben worden sind; Erklärungen eben so unglücklichen Inhalts als Ursprungs. Denn sagt man diesen letzteren etwas näher

in's Auge, was waren jene Erklärungen im Grunde genommen anders, als die Elaborate einiger hinter den Couliſſen stehender Bureaukraten, die nur darauf bedacht gewesen sind, die Hinwegsetzung über die wichtigsten Grundsätze der monarchischen Ordnung in Scheingründe und diplomatische Redewendungen einzukleiden, aus der Nichtachtung solcher Grundsätze selbst sich aber keine Bedenken gemacht haben? Und läßt es sich verkennen, daß gerade solche Persönlichkeiten trotz aller ernstlich gemeinten Gegenanstrengungen von Männern, die ihnen an Character und vorausschauender politischer Einsicht weit überlegen waren, schließlich in der Hauptsache ihren Willen durchgesetzt haben? Wenn irgend ein Vorgang es überzeugend beweist, daß nicht bloß zur Wahrung der Sicherheit und des Ansehens des deutschen Vaterlandes nach Außen, was ohnehin ja immer deutlicher hervortritt, sondern daß auch zur Ordnung der wichtigeren und inneren Angelegenheiten des Bundes keine von Bureaukraten abhängige und instruirte Gesandten-Versammlung genügt, so sind die Verhandlungen über den braunschweigischen Thronwechsel vom Jahre 1831 dazu geeignet. Wie in den frühern bessern Zeiten des deutschen Reichs, so müssen in Beziehung auf solche wichtigeren Angelegenheiten die deutschen Bundesfürsten beratend, beschließend und handelnd selbst zusammentreten. Ihre eigene Erhaltung, die ihrer Häuser, das Wohl der einzelnen Bundesstaaten und des gesammten Vaterlandes erheischen es in gleichem Maße, daß durch eine Einrichtung der vorgezeichneten Art die höchste gemeinsame obrigkeitliche Leitung der deutschen Angelegenheiten endlich wieder in die rechten Hände kommt.

VII.

Nachdem im Laufe einiger Jahrzehnte im Herzogthume Braunschweig der fieberhafte Kausch von 1830 und 1831 sich längst

verflüchtigt hat und manche Illusion geschwunden ist, hat man daselbst einige der weitem Folgen jener unglücklichen Revolution und des vorbemerkten Ausganges derselben in den letztern Jahren zu erkennen angefangen und hin und wieder auch schon beklagt. Dahin gehört bis jetzt hauptsächlich das menschlicher Einsicht nach früher oder später in Aussicht stehende Erlöschen des braunschweig-wolfenbüttelschen Fürstenhauses, und der in Folge davon eintretende Uebergang des Herzogthums in die Stellung einer Provinz des Königreichs Hannover. Was man aber nicht minder beklagen sollte, das sind die letzten Gründe dieses Verhängnisses oder richtiger ausgedrückt, dieser nicht zu verkennenden höhern Fügung; das ist die Schuld der traurigen Revolution von 1830/31 die ungesühnt und von den Meisten unerkannt bis zur heutigen Stunde auf dem Lande ruht. Wir haben gesündigt sammt unsern Vätern, wir sind gottlos gewesen und abtrünnig geworden, wir sind von des Herrn, unsers Gottes, Geboten und Rechten gewichen. (1. Psalm 106, 6. — Daniel 9, 5.) Diese Erkenntniß und dieses Bekenntniß — von dem auch der Verfasser dieser Zeilen sich in keiner Weise ausnehmen will,*) — thut in dem Lande noth, wenn in dieser ganzen Angelegenheit irgend Etwas wahrhaft zum Bessern sich wenden soll, wenn die landesherrliche Auctorität wieder zu rechter Geltung gelangen, wenn die Beziehungen zwischen Fürst und Unterthanen von aufrichtiger Theilnahme an dem gegenseitigen Ergehen wieder durchdrungen, wenn bei dem Einen Zueignung und Vertrauen, bei dem Andern Treue und Anhängigkeit sich wieder lebendig bestätigen, wenn überhaupt das Verhältniß zwischen Beiden wie zu dem gesammten Fürstenhause wieder wie vor Alters ein wirklich gottgesegnetes werden soll.

*) Als vormaliger Landstand und Angestellter hat der Verfasser nicht minder in jener unglücklichen Zeit gefehlt und gesündigt, wie Andere in derselben Stellung auch.

Daß daneben die Wiederherstellung der alten Rechtsordnung im regierenden Hause, diese wesentliche Bedingung jeder gedeihlichen Entwicklung monarchischer Verfassungsverhältnisse, ihre hohe Bedeutung haben würde, soll hier nicht entfernt verkannt werden. Aber daß zu einer solchen Wiederherstellung in der rechten Weise geschritten wird, — nicht durch einen feindseligen, rechtswidrigen, gegen die andere Linie des Welfenhauses gerichteten Act, sondern durch ein einfaches Zurückgehen auf eine Anordnung, wie solche gleich anfangs in Beziehung auf den Herzog Carl hätte getroffen werden sollen, — sollte dazu wohl noch irgend einige Aussicht vorhanden sein? Sicherlich nicht eher, als bis der obgedachten Erkenntniß bei Hohen und Niedern aufrichtig Raum gegeben und zugleich an entscheidender Stelle die Ueberzeugung gewonnen wird, daß hier gegen eine, nicht nur auf den wiederholten und wohl überdachten Verfügungen der fürstlichen Vorfahren beruhende, sondern auch durch Gottes Gebote geheiligte Ordnung gekämpft worden ist; — daß es in christlichen deutschen Fürstenthümern kein Autonomierecht giebt, das über göttliches Recht und göttliche Gebote gestellt werden darf; — und daß es, wenn auch noch so spät, immer wohl gethan bleibt, diesem Rechte und dieser Ordnung wieder die volle Ehre zu geben.

Aber welchem ganz andern Ziele wird statt dessen entgegen gearbeitet? Während die größere Mehrzahl der Landeseinwohner sich ziemlich stumm und theilnahmslos verhält, möchte eine rührige, vorzugsweise aus bureaukratischen Elementen bestehende liberale Partei, welche in weiterer Entwicklung der Folgen der Revolution von 1830 zum ausschließlich dominirenden Einflusse im Herzogthume gelangt ist, lieber heute als morgen die uralte Zusammengehörigkeit des Landes mit dem angestammten Welfenhouse für die Zukunft dauernd beseitigt sehen. Denn ein ganz richtiges Gefühl sagt dieser Partei, daß die Tage ihrer Herrschaft gezählt sind, sobald über kurz oder lang eine Rückkehr zu einer

vollkommen legitimen Ordnung wieder eintritt. Dies ist der wahre und letzte Grund aller gegen das Erbfolgerecht des Hauses Hannover gerichteten Angriffe und Agitationen, die schon seit längerer Zeit unter der Hand vorbereitet und jetzt auch in der Presse, in öffentlichen und geheimen Versammlungen, in Mandats-ertheilungen zur weitem Förderung der Sache u. s. w. betrieben werden. So verwerflich das Ziel ist, so traurig sind auch die für dessen Erreichung in Anwendung gebrachten Mittel. Was die Gründe anbelangt, mit welchen diese Partei zur Bestreitung der Erbfolgerechte des Hauses Hannover bislang öffentlich hervorgetreten ist, so bestehen dieselben in Folgenden. Im Jahre 1665 hat sich ein Herzog Georg Wilhelm von Celle mit einem Fräulein Eleonore d'Olbreuse vermählt. Rücksichtlich dieser Ehe war mit den fürstlichen Agnaten und der betreffenden Landschaft stipulirt, daß, falls Söhne aus derselben geboren würden, diese nicht zur Succession des Landes gelangen sollten. Es erfolgten aus jener Ehe indeß nur Töchter, und die einzige überlebende, die Prinzessin Sophia Dorothea, um deren Hand sich zunächst ein Prinz August Friedrich aus dem Hause Wolfenbüttel, einer der Söhne des Herzogs Anton Ulrich beworben hatte, vermählte sich im Jahre 1682 mit dem Erbprinzen von Hannover, dem nachmaligen Könige Georg I. von England, von welchem bekanntlich die sämmtlichen Mitglieder des Hauses Hannover abstammen. Mittelsst Rückanwendung einer im §. 14 der braunschweigischen Landschaftsordnung vom Jahre 1832 enthaltenen Bestimmung, über die Abstammung aus ebenbürtiger hausgesetzlicher Ehe, auf jenen vor nunmehr bald 200 Jahren stattgehabten Vorgang glaubt man nun die Successionsberechtigung des Hauses Hannover als sehr fraglich in Zweifel ziehen zu dürfen. Der braunschweigische Liberalismus, der sonst bekanntlich von Ahnen und standesmäßigem Herkommen nicht viel wissen mag, wähnt doch hier sehr rigoros auftreten zu müssen. Ohn 32 und respective 64 fürstenmäßige Ahnen, —

auf diese Zahl kommt man nämlich, wenn man von Sr. Majestät, dem jetzt regierenden Könige von Hannover bis auf die Prinzessin Sophie Dorothea oder deren Mutter zurückgeht, — glaubt er eine Erbfähigkeit des hannöverischen Hauses nicht anerkennen zu dürfen. Abgesehen indeß davon, daß die Ehe des Königs Georgs I. mit der Prinzessin Sophia Dorothea, nachdem dieselbe vom Kaiser mit Zustimmung der Agnaten zur Prinzessin von Braunschweig-Küneburg erhoben worden, als eine ebenbürtige und ebenso deren Nachkommen im ersten und allen folgenden Graden seit 5 Generationen von allen theiligten Fürstenhäusern als vollkommen ebenbürtige anerkannt worden sind, verräth es gerade von Seiten braunschweigischer Unterthanen die größte Unkunde, mit einem solchen Argumente gegen die Erbfähigkeit des Hauses Hannover öffentlich hervorzutreten. Denn rücksichtlich der fraglichen Abstammung befinden sich die Mitglieder des welfenbüttelschen Fürstenhauses in ganz gleicher Lage. Die Großmutter der Durchlauchtigsten Herzöge Carl und Wilhelm, die Gemahlin des Herzogs Carl Wilhelm Ferdinand war nämlich eine englische Prinzessin, mithin auch eine Descendentin der Prinzessin Sophia Dorothea und der Eleonore d'Olbreuse.

Eben so unbegründet, aber allerdings noch weit abenteuerlicher ist die andere, zu dem gedachten Zwecke neuerdings aufgestellte Behauptung und Argumentation, daß der Herzog Friedrich Wilhelm die Wiedererlangung der Regierung im J. 1813 einem Verleihungs- oder Gnadenacte der drei Sieger von Leipzig zu danken gehabt habe. In Folge dieses Gnadenactes, — von dem übrigens die Geschichte nichts weiß, während es umgekehrt bekannt ist, daß das Haus Hannover durch Verträge mit den übrigen allirten Mächten bereits in der Mitte des Sommers 1813 für den Fall einer Besiegung Napoleons auch eine Wiederherstellung des Hauses Braunschweig-Welfenbüttel außer Frage gestellt hatte, — soll der Herzog Friedrich Wilhelm glorreichen

Andenkens als der Begründer einer neuen Dynastie im Lande Braunschweig zu betrachten sein, zwischen dessen Nachkommen und Stammesvettern von einem gegenseitigen Erbrechte in ihren altangestammten Besitzungen nicht weiter die Rede sein könne. Solche Erbrechte seien durch die ephemere Herrschaft des weiland Westfalenkönigs vollständig zu Grabe getragen. Wenn es daher zu einem Erlöschen der wolfsenbütteler Linie kommen sollte, so habe das braunschweigische Volk darüber abzustimmen, ob und wem es demnächst gehorchen zu wollen für gut finde. Da ein solcher Wahl- und Abstimmungsact daselbst bekanntlich noch nicht vorgekommen ist, so ist allen Ernstes vorgeschlagen und befürwortet, daß jene Abstimmung unter oberster Anregung und Leitung der Abgeordneten-Versammlung gemeindeweise vorgenommen werde. Man ersieht daraus, daß Napoleon III. und weiland Cavour auch im Lande Braunschweig gelehrige Schüler haben, die in der neuesten revolutionairen Praxis fortgeschritten sind. Denn so Etwas fiel doch selbst im J. 1830 noch Niemanden daselbst ein. Als man sich damals zu den traurigen Vorgängen vom 6. und 7. September hatte hinreißen lassen und darauf den Herzog Carl ohne Rücksicht auf die bestehende Rechtsordnung im regierenden Hause beseitigt wissen wollte, dies aber allein durchzuführen sich nicht getraute, ward, wie bekannt, die Mitwirkung des stamm- und erbberechtigten Hauses Hannover zu solchem Zweck dringend in Anspruch genommen. Nachdem das Haus Hannover zu jener Mitwirkung sich aber hat bereit finden lassen, sucht man jetzt im Lande Braunschweig nicht nur eine animose Stimmung gegen das gedachte Fürstenhaus immer mehr hervor zu rufen, sondern sogar der Ansicht, daß dessen ganze stammes- und erb-berechtigte Stellung zum Hause Wolfsenbüttel schon mehrere Jahrzehnte vorher erloschen gewesen sei, Eingang und Verbreitung zu verschaffen.

Zu gleichem Zwecke verfaßt und deshalb von den liberalen

braunschweigischen Buchhandlungen auch gleich eifrig verbreitet, ist die ganz neuerlich erschienene „Denkschrift über die prioritätischen Ansprüche Preußens an das Herzogthum Braunschweig-Wolfenbüttel von Otto Bohlmann, einem berliner Doctor der Philosophie und beider Rechte.“ Diese Schrift ist feiner und gelehrter gehalten, als das was die braunschweigischen Liberalen in dergleichen Artikeln bis jetzt geleistet haben, und nicht übel dazu angethan, um Unkundige und Halbwisser in dieser Angelegenheit etwas confus zu machen. Bezeichnend für die ganze Tendenz dieser Bohlmann'schen Schrift ist unverkennbar, was der Autor, der gegen die Beweisraft seiner übrigen prioritätischen Annexionsgründe vielleicht selbst einige Zweifel hegt, auf S. 64 und 65 besonders hervorhebt. Aus dem bekannten Umstande, daß mehrere Herzöge und Prinzen des Hauses Braunschweig seit den letzten 160 Jahren in dem preußischen Heere mit Auszeichnung gedient und den Tod auf dem Schlachtfelde gefunden haben, folgert er „ein den braunschweigischen und preußischen deutschen Volkstheil umflechtendes Band von tiefer und inniger Weihe,“ „nämlich das einer Fahnengemeinschaft,“ und hiervon kommt er dann zu der weitern Schlußfolgerung, daß es „beim Zusammen treffen so bedeutender Verknüpfungsmomente wohl natürlich sei, daß man jetzt in Braunschweig fast einstimmig nach einem Anschlusse an Preußen für den bevorstehenden Aussterbefall verlange.“ Der gedachte Doctor der Philosophie und beider Rechte scheint die braunschweigischen Zustände nur aus der Vogelperspective oder mittelst eines verschönernden Annectirungsglases zu kennen. Die braunschweigischen Liberalen aber, die es bis jetzt allein sind, welche sich Preußen, und zwar dem Preußen der neuen Aera, in die Arme werfen möchten, dürften vielleicht selbst etwas davon überrascht sein, daß ihnen in der Rückerinnerung an den Heldentod, den verschiedene Fürsten des Hauses Braunschweig in dem Zeitraume von 1706 bis 1806 im preußischen

Dienste gefunden haben, ein so zarter Beweggrund für ihre dermaligen Annexionsbestrebungen an die Hand gegeben wird.

So unbegründet, ja zum Theil so verkünstelt und gehaltlos solche Veröffentlichungen nun auch immerhin sind, so hat das ungescheute Hervortreten mit Schriften solchen Inhalts in Verbindung mit den übrigen gegen das Haus Hannover gerichteten Agitationen doch jedenfalls eine sehr ernste Seite. Und diese besteht darin, daß dieselben unverkennbare Anzeichen eines nicht nur politisch sondern auch moralisch gebrochenen Zustandes in der Bevölkerung des Herzogthums sind, den eine gewisse destructive Partei in dem größern Nachbarstaate für ihre Zwecke weiter auszubenten nicht übel Lust zu haben scheint. Die vorangedeutete moralisch gebrochene Haltung, die sich unter der Hand fortgeschleppt hat, ist aber nichts weiter als eine natürliche Folge der, wie schon erwähnt, gänzlich ungezügelt gebliebenen Revolution von 1830. Denn hat man gegen einen, wenn auch sittlich noch so tief gesunkenen, aber doch kraft aller rechtlichen Ordnung zum Throne gelangten Fürsten, wie der Herzog Carl unleugbar war, und sogar gegen dessen eventuelle legitime Descendenz in solcher Weise verfahren können, wie in den Jahren 1830 und 1831 geschehen ist, warum sollten nicht nachher einheimische und auswärtige Liberale und Demokraten bei ihnen günstig scheinender Gelegenheit auch Angriffe auf das Erbrecht der andern Hauptlinie des betheiligten Fürstenhauses richten? Das Eine ist offenbar nicht trauriger als das Andere. Welcher Fürst des Durchlauchtigsten Welfenhauses daher auch früher oder später in dieser wichtigen Angelegenheit anderweit ordnend einzuschreiten sich gedrungen fühlen mag; der Wunsch ist gewiß ein vollkommen begründeter und darf auch wohl von einem Unterthan dieses Hauses offen ausgesprochen werden, daß bei einem solchen Einschreiten der ganze Zusammenhang, insonderheit die letzte Ursache der hier zu überwindenden Gebrechen und Conflictte nicht verkannt,

ingeleichen daß nicht übersehen werden möge, daß auch von dem Durchlachtigsten Fürstenhause, und zwar von beiden Linien desselben, bei den früher getroffenen Anordnungen gefehlt worden ist, und daß auch für dieses Fehlgreifen noch immer die rechte Art der Sühne nicht erfolgt ist.

Geschrieben zu Westerbrak im Herzogthum Braunschweig
im August 1861.

Ein Mitglied der vormaligen wolfsenbüttelschen
Ritterschaft.

Druck von Bär & Hermann in Leipzig.

In gleichem Verlage erschien:

Die Weltlage in ihrer geschichtlichen Entwicklung

und

nach den jeweilig herrschenden Grundsätzen
mit dem gegenwärtigen Zeitgeiste und seinen Gefahren dargestellt

mit besonderer Rücksichtnahme

auf die deutsche Nation

nach ihrer Geschichte, ihrer Macht, ihrer Politik

und ihrem Verufe.

Groß-Octav. broschirt 15 Ngr.

Aus der Feder eines geistreichen, bejahrten Mannes mit gereiftem Urtheile geflossen, der nur noch mit geistigen Waffen für Deutschland kämpfen kann, geleitet von dem tiefsten Bewußtsein für Recht und Wahrheit, verdient die Brochure Aufmerksamkeit im hohen Grade.

Officin von Bär & Hermann in Leipzig.

KODAK GRAY SCALE

C

Red-Filter Negative

Cyan Printer

M

Green-Filter Negative

Magenta Printer

Y

Blue-Filter Negative

Yellow Printer

.10

.20

.30

.50

.70

M

1.00

1.30

1.60

B

1.90

black

3-color

white

cyan

violet

magenta

primary red

yellow

green

KODAK COLOR CONTROL PATCHES

These colors have been selected as representative of those inks commonly used in photomechanical reproduction.